

Berliner Tageblatt



Nr. 560

Chiefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Samstag, 26. November 1927

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ostkonflikt und Völkerbund.

Die Haltung Deutschlands.

Keine Initiative in Genf. — Neue Besprechung mit Litwinow.

Der polnisch-litauische Konflikt, dessen Verschärfung gerade in den letzten Tagen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen ist, steht augenblicklich im Vordergrund des europäischen Interesses. Daß Deutschland ebenso wie Rußland die Vorgänge in Polen und Litauen mit lebhaftem Interesse verfolgt, ist vor allem selbstverständlich. Deutschland hat alles Interesse daran, daß der Friede zwischen den beiden Staaten gewahrt wird. Es hat zunächst alles Interesse daran, daß sich die Verhältnisse zwischen Litauen und Warschau nicht weiter verschärfen. Daß Deutschland aber fernere besondere Schritte oder Besorgnisse unternimmt, ist nicht anzunehmen. Insbesondere wird Deutschland die Initiative zur Herbeiführung einer Völkervermittlung nicht ergreifen. Die dahingehende Mahnung eines Mittagsbattes ist nicht richtig. Vielmehr wird Deutschland lediglich alles tun, um eine Verhütung der politischen Unruhe und einen Ausgleich herbeizuführen. Die deutsche Regierung hat natürlich alles Interesse daran, daß kein so rasch accomplished wird, sondern daß möglichenfalls im Rahmen des Völkerbundes ein Ausgleich gesucht wird.

Die letzten Telegramme, die ein maßgebender deutscher Stelle aus Kiew eingegangen sind, berichten über die Lage etwas ruhiger. Polen hat, was immerhin nicht übersehen werden darf, auf diplomatische Anfragen wiederholt auf das bestimmteste erklärt, daß es keine aggressiven Absichten gegen Litauen habe.

Die Besprechung, die Herr Litwinow gestern mit Dr. Stresemann und Staatssekretär Scharf in Gegenwart des russischen Vizekonsuls in Berlin geführt hat, ging nach zweijähriger Dauer um 2 Uhr zu Ende. Eine zweite Besprechung, die Litwinow wiederum in Anwesenheit des Vizekonsuls Streßmann in den Abendstunden mit Herrn v. Schubert geführt hat, beschäftigte sich ebenfalls wiederum mit dem litauisch-polnischen Konflikt. Rußland wird, so besagt Litwinow zum Abschluß, auf Grund seines Vorkriegsverhältnisses mit Litauen, ebenfalls nicht die Initiative zu einer Vermittlungssatzung ergreifen, vielmehr wird es sich darauf beschränken, der Sowjet-Regierung gute Ratsschritte zu erteilen, da auch ihm alles daran gelegen ist, eine bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden.

Die Nachricht, daß Dr. Stresemann gestern im Minister-Kollegium über seine Besprechung mit Litwinow berichtet habe, scheint nicht zu, da er sich in den Abendstunden unwohl fühlte und bereits an der zweiten Besprechung mit Litwinow nicht mehr teilgenommen hatte.

Paris und der russische Schritt in Warschau.

Der Wortlaut der Moskauer Note.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 26. November.
Die in Warschau überreichte Note der Sowjetregierung wird in Paris mit Interesse kommentiert. Der „Matin“, dessen feindselige Haltung gegen die bolschewistische Regierung bekannt ist, hält die Warnung Rußlands für ein „Mandöver“, das die Verhandlungsverhandlungen in Genf stören soll. (1) Die angebliche Gefahr eines Konfliktes zwischen Polen und Litauen sei eine „großartige Fiktion“. Die Bolschewisten hätten die Absicht, die Genfer Delegation mit einem Alarmruf zu erschrecken, um dann zu erklären, daß sie allein imstande wären, den Frieden im Osten zu erhalten. Auf diese Art würde dann der Übergang zu der Frage gefunden werden, die Rußland allein interessiere: „Wer gibt den Sowjets Geld?“ Niemand dürfe sich durch dieses „plumpe Mandöver“ täuschen lassen. Die Regierung der europäischen Unordnung habe einen taktischen Fehler begangen, als sie sich in eine Angelegenheit einmischte, die allein der Völkerbund zu entscheiden habe.

Diese Auffassung des „Matin“ findet sich auch in einigen anderen französischen Zeitungen, die der Sowjetregierung feindselig gegen-

übersehen. Der „Petit Parisien“, der oft direkte Injurien vom Quai d'Orsay empfängt, ist aber ganz anderer Ansicht. Diese Zeitung veröffentlicht die russische Note im Wortlaut und bemerkt dazu: „Die Note hat, wie man sieht, nicht den drohenden Charakter, den einige Meldungen ihr zuschrieben. Die Regierung in Moskau, die bereits freundschaftliche Vorstellungen in Litauen gemacht hat, will ebenso freundschaftlich auf Polen einwirken. Es ist also kein Grund zur Aufregung vorhanden. Moskau weist deutlich auf seine friedlichen Wünsche hin, und da Polen bestimmt nicht die Absicht hat, mit Litauen Krieg zu führen, wird der Konflikt dort zur Entscheidung kommen, wo er entschieden werden muß: vor dem Rat des Völkerbundes in Genf. Die Note der Sowjetregierung hat wahrscheinlich den Zweck, die Aufmerksamkeit des russischen Volkes von den inneren Streitigkeiten der Estland- und Kurland-Abenteurer.“

Der Wortlaut der russischen Note ist folgender: „Die in der letzten Zeit geklärten Beziehungen zwischen Polen und Litauen, die eine Bedrohung für den Frieden bedeuten, beunruhigen die Sowjetregierung. Diese kann nur alarmiert werden durch die Entwicklung eines Konfliktes, der voll enger Komplikationen ist und zu einem neuen Blutvergießen und neuen Leiden für Millionen von Arbeitern ganz Europas führen kann. Ohne zum Kern des Konfliktes vorzudringen zu wollen, der Polen und Litauen beunruhigt, legt die Sowjetregierung Gewicht darauf, darzutun, daß die Aufrechterhaltung des Friedens viel mehr von Polen als von Litauen abhängt. In der Tat kann letzteres Land angeht seiner Hilfsmittel nicht die Verwirklichung seiner Aspirationen in einem bevorstehenden Konflikt mit Polen suchen. Die Sowjetregierung hat auch nicht vor, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Regierung von Litauen auf die Notwendigkeit zu lenken, jede Handlung zu vermeiden, die eine an sich schon so gespannte Lage verschärfen könnte. Die Sowjetregierung ist davon fest überzeugt, daß man sämtliche strittigen Punkte zwischen diesen beiden Staaten durch rein friedliche Mittel lösen kann. Insofern verfährt sich die Vermittlung zwischen beiden Ländern fast täglich, und die Gerichte von einem möglichen bevorstehenden Konflikt alarmieren immer mehr die öffentliche Meinung aller Länder. Die öffentliche Meinung der Sowjetrepublik wird besonders beunruhigt durch die Tatsache, daß in der letzten polnischen Presse, ohne von kompetenter Seite demarkiert zu werden, Nachrichten erschienen sind, daß die polnische Regierung einseitig Litauen sein soll, radikal den Knoten der polnisch-litauischen Beziehungen zu zerhacken. Ohne untersuchen zu wollen, inwieweit all diese alarmierenden Nachrichten wohl begründet sind, sieht sich die Sowjetregierung, die der unmittelbare Nachbar Polens und Litauens ist und deshalb besonders an der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa interessiert ist, gezwungen, ganz besonders die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die ungeheuren Gefahren zu lenken, die ein eventuelles von irgendeinem Lande gegen die Unabhängigkeit Litauens begangenes Verbrechen bedeuten würde, in welcher Form es auch geschehe. Sie gibt der Gewissheit Ausdruck, daß die polnische Regierung, die noch jüngst sehr feierlich ihre Friedensliebe betont hat, die drohende Verhängnisgefahr zu vermeiden wissen wird. Die Sowjetregierung hofft, daß die polnische Regierung die gegenwärtige Note als eine Demarche auffassen wird, die ausschließlich differtiert ist von dem Wunsch, den Frieden zu bewahren und insbesondere die Friedfertigkeit und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion sich entwickeln zu sehen.“

Waldemaras appelliert an den Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 26. November.
Der litauische Ministerpräsident Waldemaras hat ein ausführliches Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet, worin er unter Verbringung von Zitaten davon Mitteilung macht, daß die polnische Regierung einen erbitterten Pressefeldzug gegen die litauische Regierung entfesselt habe. Zergewöhnliche Schlussfolgerungen oder Andeutungen sind in dem Schreiben nicht enthalten.

zahlreicher Schiedsgerichtsverträge bewiesen. Amerikas Friedfertigkeit konnte auch in dem geringen Umfang seines Heeres zum Ausdruck kommen. Es begreife darum grundsätzlich jeden Schritt, der zur Sicherung des Friedens beitragen könne, aber die Regierung sehe keine Möglichkeit zum Abschluß internationaler Übereinkünfte, da die Gefahr der Vermischung indischer Konflikte mit dem Völkerrecht zu groß sei. Es sei ja auch noch keineswegs darüber Klarheit geschaffen, wie eine „Angereicherung“ zu definieren sei. Eine Nation, die sich weigere, sich vor der Kriegserklärung einem Schiedsgericht zu unterwerfen (Dies ist die Definition MacDonnells und des Genf-Protokolls (Art. 16)). Diese Definition reiche wohl kaum aus, denn „nationale Ehrenfragen“ könnten daher nicht eingeschlossen werden. (Der Präsident denkt offenbar in erster Linie an die Glimmerverträge.) So bleibe denn nur die Möglichkeit individueller Verträge zwischen einzelnen Regierungen übrig. „Es gibt keine abgeklärten Wege zum Frieden“, so schloß die maßgebende Persönlichkeit ihre bedeutsame Erklärung. „Ebenso wenig wie es einen ebelfürsten Weg zu irgendeinem anderen Weltfrieden gibt.“

Die englisch-amerikanischen Beziehungen.

Der Kreuzerkonflikt. — Blockaderecht und Freiheit der Meere. Einleiten Englands?

Von unserem Korrespondenten

Dr. Kurt v. Stutterheim.

London, Ende November.

Die englische Außenpolitik hat in Laufe der letzten Monate infolge einer Wendung erfahren, als nicht mehr Rußland im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses steht. Weder im guten noch im schlechten Sinne haben sich die englisch-russischen Beziehungen seit der Arlos-Explosion verschoben und werden dies, wie man hier annimmt, in absehbarer Zeit auch nicht tun. Diese Stabilität hat der russischen Frage, ohne sie irgendetwas ihrer Lösung näherzubringen, einen Teil ihrer Aktualität genommen. Da Staatsmänner hier wenig tun können, läßt man zunächst einmal die Zeit ihre Arbeit vollbringen, um dann im gegebenen Augenblick mit eigener Kraft einzugreifen. In der Zwischenzeit genügt das Bewußtsein, daß, wenn man will, eher eine leichte Wendung zum Besseren eingetreten ist.

Ganz anders steht es mit den englisch-amerikanischen Beziehungen, die heute alle anderen Fragen der englischen Außenpolitik überschatten. Zum erstenmal seit vielen Jahren sind England und Amerika auf der Genfer Flottenkonferenz in unverfüllter Umcirculation voneinander getrennt. Die Folge war eine deutliche Verschärfung der Atmosphäre, wobei es hießen und drüben nicht an scharfen Worten gefehlt hat. Während noch vor Jahr und Tag der Amerikaner als der große Bruder umschmeichelt und gefeiert wurde, kann man jetzt ebenso viele bissige Bemerkungen über den kulturlösen Barbaren, den ewigen „Babbitt“ hören. Auf der anderen Seite des Ozeans bläht der Major Thomson ins Horn, das die Parole: Gegen England verfühndet.

Die crux der englisch-amerikanischen Beziehungen und der Ausgangspunkt aller dieser Inerquidlichkeiten sind die Kreuzer. Billiger und schneller als der sich im Zeitalter der Untersee- und Luftwege überlebende Dreadnought stellt der Kreuzer zugleich die gefährlichste Waffe in aggressiven und defensiven Handelskrieg dar. Kein Wunder, daß das Festsitzen von Kreuzerschiffen zu einem Festhalten an Kreuzer geworden ist. Bei diesem Zusammenstoß der Ansichten macht England geltend, daß sogar eine Gleichheit der englisch-amerikanischen Kreuzerzahl und vor allem ihrer Größe und Bekleidung infolge der ungleichen Lebensmittelpunkte angewiesen ist. Hiergegen wendet Amerika ein, diese Notwendigkeit werde durch die Häfen und Kostenfaktoren, über die England ungleich Amerika an allen Ecken und Enden der Welt verfüge, wieder ausgeglichen. Mit anderen Worten, im Kriegsfalle würde Amerika ein gesichertes Territorium, aber eine gefährdete Kriegs- und Handelsflotte im Gegensatz zu der gesicherten Flotte und dem gefährdeten Territorium Englands besitzen. In großen Umrisen ist dies das Bild des englisch-amerikanischen Kreuzerkonflikts.

Ungemein verwickelt und auf ein viel umfassenderes Gebiet gehoben wird dieser Streit durch einen weiteren Gegensatz, zu dessen Verständnis man in die Kriegszeit zurückgehen muß. Wie aus der Memoirenliteratur und vor allem aus den Berichten des Vizekonsuls in Genf ersichtlich ist, gab es in den letzten Kriegsjahren Augenblicke, in denen die englisch-amerikanischen Beziehungen in die Nähe einer gefährlichen Spannung rückten. Der Grund hierfür bildete die englische Blockade, die Amerika, das sich auf die völkerrechtlichen Spitzfindigkeiten einer effektiven und unersättlichen Blockade nicht eingelassen wollte, schon damals als ungeduldrigste Benachteiligung des amerikanischen Handels betrachtete. Viel diplomatisches und propagandistisches Geschick Englands und Ungeschick Deutschlands war nötig, um diesen Konfliktstoff aus dem Wege zu räumen. In der Zeit nun, da Europa sich zerfaserte, ist der amerikanische Produktionsapparat in ungeahnter Weise gewachsen und mit ihm das Ausfuhrvermögen Amerikas. Hat sich aber das alte Amerika eine Blockade seines Abnehmers nur mit Murren gefallen lassen, so dürfte das neue Amerika einer künftigen Blockade ein Unüberwindliches „Nein“ entgegenzusetzen. Es wird wissen, daß es stark genug ist, seinen Willen zu erzwängen, wenn nicht mittels wirtschaftlichen Drucks, dann mit Gewalt, d. h. mit der Gewalt seiner Kreuzerflotte. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wird der englisch-amerikanische Kreuzerkonflikt zu einem Kampf um das Recht der Blockade, um die Freiheit der Meere. Ein Blick in die englische Geschichte zeigt, daß Amerika hier mit der geistlichen englischen Tradition zusammenprallt. In allen Jahrhunderten hat England in der Weite Krieg geführt, das es hat, den Meer, den Kaufmann des Feindes zu Boden warf. Soll jetzt ein Stärkerer kommen, der dem englischen Ideal der Freiheit der Meere zu Kriegszeiten der Caracas macht? Ein Wendepunkt der englischen Geschichte wäre damit erreicht, und es müte wie ein letztes Aufkommen von Altaglands Seemannsflotte an, wenn ein rabiatere Verhaushand neuerdings die Auffhebung der Barriere Deklarationen verlangt. Nicht einmal die jetzigen Bindungen scheinen diesem im Kapitalismus Englands Schwäche vertretenden Manne erträglich.

Denn was kann England noch tun, um sich seine bewährteste Kriegswaffe nicht entziehen zu lassen? Die Marineflotte und Preisgefahranten fordern den rüstungslosen Flottenbau, der ihnen schon im Hinblick auf das eine oder das andere sonst nach Amerika schießende Dominion ge-

Coolidge gegen Weltfriedenspakte.

„Nur Einzelabkommen möglich.“

(Funkteleogramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 26. November.

In der zuständigen Stelle des Weißen Hauses wurde soeben in aufsehenerregender Weise zu den neuerlichen Erörterungen über die Weltfriedenspakte Stellung genommen. Hier ist bereits vor Überbringung der Bedeutung der neuerlichen Anträge der Senatoren Borah, Capper und anderer gewarnt worden. Kammere wird deutlich erklärt, Präsident Coolidge halte die Verwirklichung aller derzeitigen Pläne zur Abschaffung des Kellogg (antlawry of war) für äußerst schwierig. Die amerikanische Verfassung weise dem Kongress die Verantwortung und die Entscheidung über Krieg und Frieden zu. Kein internationaler Vertrag könne den Kongress dieses Rechtes berauben. Die Vereinigten Staaten seien ein friedliebendes Land und hätten das durch den Aufschluß